

Bezahlbarer Wohnraum für Hamburg

Wohnungsbau konsequent vorantreiben, Mieterschutz stärken

Eckpunkte der SPD-Bürgerschaftsfraktion

10 Jahre Stillstand in der Wohnungspolitik haben zu erheblicher Wohnungsknappheit und teilweise massiv steigenden Mieten in Hamburg geführt. SPD-Fraktion und Senat wollen dies ändern und schaffen die notwendigen Voraussetzungen, damit in Hamburg endlich wieder mehr Wohnungen gebaut werden. Zusätzlich müssen flankierend Maßnahmen zur Verbesserung des Mieterschutzes ergriffen werden.

Aus Sicht der SPD-Fraktion besteht in folgenden Punkten weiterer Handlungsbedarf:

Forcieren von bezahlbarem Neubau:

1. Sicherung eines ausreichenden Wohnungsangebotes für Geringverdienerhaushalte: Jeder Bauherr, der bereit ist, eine Sozialwohnung im 1. Förderweg zu bauen, soll hierfür auch eine Förderung durch die Wohnungsbau-Kreditanstalt erhalten können – gegebenenfalls auch über die im Wohnungsprogramm vorgesehenen 1.200 Wohneinheiten hinaus.
2. Grundstücksvergabe nach wohnungspolitischen Bedarfen: Hohe Grundstückspreise bedeuten auch hohe Mieten. In Zukunft soll bei der Vergabe städtischer Grundstücke konsequent die Realisierung von günstigem Wohnraum in der Gewichtung gegenüber anderen Kriterien Vorrang erhalten.
3. Aufbau eines aktiven und strategischen Flächenmanagements: Neue Wohnungen brauchen Flächen. In Zukunft soll die Stadt aktiv Flächen entwickeln und dem Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Hierfür soll zudem ein gesamtstädtisches Informationssystem zur Erfassung von Flächenpotenzialen entwickelt werden.
4. Größere Wohnungsanteile bei Stadtentwicklungsprojekten: Bei aktuellen und auch zukünftigen Stadtentwicklungsprojekten soll überprüft werden, ob der Anteil der Büro- und Gewerbeflächen zugunsten von Wohnflächen verringert werden kann.
5. Sozialer Wohnungsbau auch auf Privatgrundstücken: Bezahlbaren Wohnraum muss es in allen Stadtteilen geben. Mit Instrumenten wie

städtebaulichen Verträgen soll auch auf privaten Flächen ein verbindlicher Anteil von Sozialwohnungen festgeschrieben werden.

Stärkung des Mieterschutzes:

1. Sicherung der gewachsenen Bewohnerstrukturen: Gewachsene Nachbarschaften brauchen Schutz vor Verdrängung. Die Verfahren zur Umsetzung von Sozialen Erhaltungsverordnungen sollen daher beschleunigt werden.

2. Wirksamer Schutz gegen Mietwucher: Der Mietwucherparagraph des Wirtschaftsstrafgesetzes ist derzeit wirkungslos. Eine Novellierung des Gesetzes muss erreichen, dass die Ausnutzung eines zu geringen Angebotes im betroffenen Stadtteil bereits als Mietwucher unzulässig ist und nicht auf günstigere Wohnungen im gesamten übrigen Stadtgebiet verwiesen werden kann.

3. Sozialverträgliche Verteilung von Modernisierungskosten: Energetische Modernisierung darf nicht zum Mietpreistreiber werden. Ein Konzept zur gerechten Verteilung muss entwickelt werden.

4. Bekämpfung von Wohnungsleerstand: Die Instrumente des Wohnraumschutzgesetzes zur Bekämpfung von Leerstand und Verwahrlosung von Mietwohnungen müssen überprüft und verschärft werden.

5. Kein Rückzug des Bundes aus der sozialen Stadtteilentwicklung: Hamburg muss gemeinsam mit anderen Bundesländern, Städten und Gemeinden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinwirken, dass der Bund sich nicht wie geplant aus seiner Finanzierungsverantwortung für soziale Stadtteilentwicklung und öffentliche Sanierungsverfahren zurückzieht.